Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 2

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Popper contra Hayek?

Das *«wunderbare Jahr 1989»* ist nicht nur für die politische Geschichte, sondern auch für die Geistesgeschichte ein Markstein. *Ralf Dahrendorf* wendet sich in einem langen Brief, der zu einem höchst lesenswerten Buch geworden ist, an einen polnischen Gesprächspartner, bei dem offenbar zahlreiche Befürchtungen im Zentrum der Zukunftserwartungen stehen [1].

Diesen Befürchtungen stellt Dahrendorf Betrachtungen gegenüber, die von liberalem Optimismus geprägt sind. Sie münden in folgenden Grundgedanken, der zugleich eine positive aber doch nicht überhebliche Antwort erteilt auf die Frage: Können wir helfen, sollen wir helfen auf dem Weg in die Freiheit?

«Die Wahl, vor der wir bei der Ordnung unserer Angelegenheiten stehen, ist die zwischen Systemen welcher Art auch immer und der offenen Gesellschaft. Es gibt keinen dritten Weg, und ich freue mich, dass Sie den Weg in die Freiheit gewählt haben. Auf diesem Weg gibt es Raum für viele verschiedene Geschwindigkeiten und Fortbewegungsmittel, für Umwege und Abwege, wenn auch selten für Abkürzungen. Innerhalb der Verfassung der Freiheit führen hundert Wege voran, und alle von ihnen mischen Elemente der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Reform in einer Weise, die den Puristen beunruhigt. Der Schlüssel zum Fortschritt liegt daher nicht in der Vorstellung einer kompletten Alternative, einem detaillierten Generalplan der Freiheit. Solche Pläne sind Widersprüche in sich und führen eher zurück zur geschlossenen Gesellschaft. Der Schlüssel zum Fortschritt heisst strategische Veränderung. Er liegt in dem Versuch, eine kleine Zahl von scheinbar geringfügigen Massnahmen zu identifizieren, von denen wahrscheinlich ist, dass sie weitreichende und langfristige Auswirkungen haben. Strategische Veränderungen sind Entscheidungen mit grosser Hebelwirkung, die häufig hart am Rand des unter gegebenen Umständen gerade noch Akzeptablen und Praktikablen liegen, doch geht es bei ihnen nicht um Systeme und deren Transformation in andere Systeme.

Karl Popper, dessen Denkansatz ich mehr schulde als dem irgendeines anderen Autors, hat das Lob der ‹schrittweisen gegenüber der utopischen Sozialtechnik› gesungen» (S. 151—152).

«Die offene Gesellschaft verspricht kein einfaches Leben. Menschen haben vielmehr einen verderblichen Hang zur Gemütlichkeit einer geschlossenen Welt. Aber wenn wir vorankommen und uns selbst wie auch die Bedingungen, unter denen Menschen auf diesem Planeten leben, verbessern wollen, dann müssen wir die unordentliche, konfliktreiche, unbequeme, aber stolze und ermutigende Aussicht auf offene Horizonte akzeptieren. ‹Wir können zu den Tieren zurückkehren. Aber wenn wir Menschen bleiben wollen, dann gibt es nur einen Weg, den Weg in die offene Gesellschaft›, (Karl Popper, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde)» (Dahrendorf, S. 28).

In seinen Betrachtungen über die Chancen von Offenheit und Wandel

konstruiert Dahrendorf unnötigerweise einen prinzipiellen Gegensatz zwischen *Karl Popper* und *Friedrich A. von Hayek,* indem er letzterem *«zu wenig Geduld für die Unordnung der Realität»* unterstellt und ihm eine *«fatale Neigung»* zuschreibt, *«dem Sozialismus ein anderes System gegenüberzustellen»* (S. 28).

Popper hat aber wohl mehr als einmal betont, dass es zwischen ihm und Hayek im Grundsätzlichen *keine Differenzen gebe.* Hayek seinerseits hat in zahlreichen Publikationen das ihm vorgeworfene *«Systemdenken»* selbst verworfen. Seine beiden Aufsätze *«Die Irrtümer des Konstruktivisumus und die Grundlage legitimer Kritik gesellschaftlicher Gebilde»* (München 1970 und Tübingen 1975) und *«Die Theorie komplexer Phänomene»* (Tübingen 1972) sind ebenso geistreiche wie temperamentvolle Absagen an das Denken in geschlossenen Systemen.

Dem Vorwurf von Dahrendorf, dass Hayek wie Marx *«alle Antworten kenne»* (S. 33), kann der höchst lesenswerte Nobelpreis-Vortrag mit dem deutschen Titel *«Die Anmassung von Wissen»,* abgedruckt in *«Ordo» 26,* 1975, entgegengehalten werden. Darin finden sich folgende entscheidenden Passagen, welche zeigen, wie wenig berechtigt Dahrendorfs Vorwürfe an einen sogenannten *«reinen Hayekismus»* (Dahrendorf, S. 36) sind.

«Wenn wir das Ansehen der Wissenschaft erhalten und die Anmassung von Wissen, die auf einer oberflächlichen Ähnlichkeit des Verfahrens mit dem der exakten Naturwissenschaften gründet, verhindern wollen, wird viel Mühe auf die Entlarvung solcher Anmassungen aufgewendet werden müssen, von denen manche jetzt schon geschützte Interessen anerkannter Lehrfächer geworden sind. Wir können moderne Wissenschaftstheoretiker wie Sir Karl Popper *nicht dankbar genug dafür sein, dass sie uns einen Test zur Hand gegeben haben, mit dem wir unterscheiden können, was wir als wissenschaftlich anerkennen können und was nicht — ein Test, dem, dessen bin ich sicher, manche jetzt weithin anerkannte Lehren nicht standhalten könnten. Es gibt jedoch spezielle Probleme im Zusammenhang mit jenen inhärent komplexen Phänomenen, von denen die sozialen Strukturen ein so wichtiges Beispiel sind, die in mir den Wunsch erregen, zum Abschluss mehr allgemein die Gründe zu wiederholen, warum in diesen Gebieten nicht nur der Voraussage bestimmter Ereignisse absolute Hindernisse entgegenstehen, sondern auch, warum ein Handeln, das davon ausgeht, wir besässen die wissenschaftliche Kenntnis zu solchen Voraussagen, selbst ein ernstes Hindernis für die Fortentwicklung des menschlichen Geistes wäre. (. . .)*

Wenn der Mensch in seinem Bemühen, die Gesellschaftsordnung zu verbessern, nicht mehr Schaden stiften soll als Nutzen, wird er lernen müssen, dass er in diesem wie in anderen Gebieten, in denen inhärente Komplexität von organisierter Art besteht, nicht volles Wissen erwerben kann, das die Beherrschung des Geschehens möglich machen würde. Er wird daher, was immer er an Wissen erwerben kann, nicht dazu verwenden dürfen, um die Ergebnisse zu formen wie der Handwerker sein Werk formt, sondern ein Wachsen zu kultivieren, indem er die geeignete Umgebung schafft, wie es der Gärtner für seine Pflanzen macht. Es liegt Gefahr in dem überschwenglichen Gefühl ständig wachsender Macht, das der Fortschritt der exakten Naturwissenschaften entstehen liess und das den Menschen ver-

sucht, ‹vom Erfolg berauscht›, um eine bezeichnende Phrase des frühen Kommunismus zu gebrauchen, nicht nur unsere natürliche, sondern auch unsere menschliche Umgebung der Herrschaft des menschlichen Willens zu unterwerfen. Die Erkenntnis der unüberschreitbaren Grenzen seines Wissens sollte den Forscher auf dem Gebiet der Gesellschaft eine Demut lehren, die ihn davor bewahrt, ein Mitschuldiger in des Menschen unglückseligen Streben nach Beherrschung der Gesellschaft zu werden — ein Streben, das ihn nicht nur zum Tyrannen über seine Mitmenschen, sondern auch zum Zerstörer einer Zivilisation machen kann, die kein Verstand entworfen hat, sondern die erwachsen ist aus den freien Bemühungen von Millionen von Individuen» (F. A. von Hayek, a. a. O., S. 12 ff.).

Die englischsprachige Originalfassung dieses Textes ist übrigens im Sammelband *«The Critical Approach and Philosophy», Essays in Honor of K. R. Popper,* 1964 in New York erschienen.

Im Alterswerk von Hayek steht die Kritik am *«Machbarkeitswahn»* im Zentrum. Diese Kritik ist Ausdruck einer sokratischen intellektuellen Demut, die den Geist der wissenschaftlichen Anmassung in Frage stellt. Gerade darum kann die Lektüre von Hayeks Werken im ehemaligen Ostblock durchaus wichtig und heilsam sein: Sie bewahrt davor, direkt vom sozialistischen Machbarkeitswahn in einen demokratisch-technokratischen Machbarkeitswahn hinüberzuwechseln. Sie ermöglicht jene Mischung von Beharrlichkeit, Geduld und Optimismus, die im derzeitigen Liberalisierungsprozess überlebenswichtig ist.

Hayek argumentiert auf dem Hintergrund einer sehr langfristigen Geschichtsbetrachtung, bei der nicht einzelne politische Ereignisse, sondern anthropologische Entwicklungsprozesse den Ausschlag geben. Sein Werk ist eher eine kulturelle Makro-Theorie des *homo sapiens,* als eine tagespolitische und wirtschaftspolitische Rezeptsammlung.

Ist Hayek wirklich jener resignierte Fatalist, der die *«Ordnung des Unbekannten»* nur dadurch hervorbringen will, *«indem wir es veranlassen, sich selbst zu ordnen»?* (Dahrendorf S. 32). Sein ganzes Werk widerlegt diese Deutung. Wenn wirklich eine *«unsichtbare Hand»* alles von selbst zum *«jeweils Bestmöglichen»* wendet, wäre jegliches intellektuelle und soziale Engagement überflüssig. Die Menschheit ist zwar für Popper und Hayek durchaus schwererziehbar — aber sie braucht Weise, welche ihr helfen, Irrtümer zu erkennen und zu vermeiden — im Bewusstsein, dass «Anmassung von Wissen» stets auch eine fatale Täuschung sein kann.

Hayek hat vor dieser grossen Herausforderung keineswegs kapituliert, und er gehört gerade dank seiner Radikalität zu den Sozialwissenschaftern, die einen bleibenden und aktuell gebliebenen Beitrag zur Geschichte und zur Verfassung menschlicher Freiheit und zur Öffnung geschlossener Systeme geleistet haben.

Hayek ist im Denken radikal und kompromisslos, doch sein Radikalismus darf nicht mit Totalitarismus verwechselt werden. Kompromisse sind in der Politik, in der Wirtschaft und in der Gesellschaft stets notwendig. Aber müssen sich nicht viele Liberale im Westen die Frage stellen, ob sie zwischen 1945 und 1989 in der geistigen Auseinandersetzung mit dem totalitären Sozialismus radikal genug waren? Haben wir nicht die Suche nach Kon-

zessionen und Kompromissen im intellektuellen Bereich zu aufwendig betrieben, wo doch klare Abgrenzungen im besten Sinn not-wendig waren und sind?

Popper und Hayek haben kompromisslos — jeder in seiner Art — jene geistigen Wegweiser aufgestellt, die aus aller Knechtschaft in die offene Gesellschaft führen.

Robert Nef

[1] Ralf Dahrendorf, Betrachtungen über die Revolution in Europa, in einem Brief, der an einen Herrn in Warschau gerichtet ist, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1990.

Herausgeforderte Institutionen

Ein Plädoyer für den Mut zur Reform

Bewegtheit ist wohl das vorherrschende Zeichen der Zeit, das heute den unterschiedlichsten und gegensätzlichsten Situationsanalysen und Standortbestimmungen zugrundegelegt wird. Man braucht nicht aufzuzählen, was alles in Bewegung geraten ist. Interessanter ist es, zu beobachten, was der vielfältige Wandel an Reaktionen und Verhaltensweisen auslöst. Auf den ersten Blick fällt auf, dass sich schon die Vorzeichen unterscheiden. Als positiv wird empfunden, dass Veränderung Raum schafft, Handeln erfordert, Chancen eröffnet. Negativ erscheinen die Unsicherheiten und Risiken, die mit jeder Bewegung verknüpft sind. Diese Ambivalenz der Dynamik erlaubt zahlreiche Kombinationen und Variationen von Einschätzungen, und sie wirkt sich insbesondere auch gefühlsmässig aus, wobei die ganze Palette, von der Euphorie bis zur Angst, zum Vorschein kommt.

Fassbar werden die Emotionen etwa in der sicherheitspolitischen Diskussion, in der mit dem Begriff der Bedrohung ein Mischgefäss für rationale und irrationale Argumentationen zur fast beliebigen Verwendung zur Verfügung steht. Die Analyse der Umwälzungen in Osteuropa mit allen ihren ungewissen Perspektiven wird innenpolitisch zur polemischen Auseinandersetzung über Feindbilder verkürzt, und die Abwägung von machtpolitischen Potentialen und entwicklungspolitischen, zivilisatorisch-technologischen und umweltbedingten Gefährdungen dient als Anlass zur Fortsetzung und Intensivierung von parteipolitischen Fehden im Hinblick auf den bevorstehenden Wahlkampf. Einen Vorgeschmack von dieser wenig fruchtbaren Emotionalisierung und Polarisierung hat man in der Dezembersession der eidgenössischen Räte bei der Behandlung des EMD-PUK-Berichts bekommen, und eine Steigerung ist vermutlich in der Debatte über den Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik in den nächsten Parlamentssessionen zu erwarten.

Renaissance der Reformdiskussion?

Die Diskussion über Wandel, Chancen und Risiken, Herausforderungen

und Bedrohungen beschränkt sich indessen nicht auf diesen tradtionellen Bereich staatlicher Selbstbehauptung. Die Dynamik der europäischen Integration stellt Errungenschaften, Werte und Strukturen unserer wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung insgesamt auf den Prüfstand. Das Jubiläumsjahr scheint eben recht zu kommen, um sich der eigenen Identität zu vergewissern. Das trägt zwar dazu bei, dass kaum Feststimmung aufkommt und dass man sich gar in für Aussenstehende schwer verständlicher Weise darüber streitet, ob ein derartiges Jubiläum überhaupt gefeiert werden solle. Anderseits aber regen sich gegen den verbreiteten Hang zu selbstquälerischem Pessimismus Gegenkräfte. Ihnen geben die reichlichen Anlässe der Selbstbesinnung die willkommene Gelegenheit, zur Wiederaufnahme jener Erneuerungs- und Reformansätze aufzurufen, die in den vergangenen Jahrzehnten zwar formuliert und diskutiert worden sind, aber an den vielfältigen Hemmnissen unserer in selbstzufriedenem Pragmatismus erschlafften Konkordanzdemokratie grösstenteils gescheitert sind.

Es scheint, als ob Reformen zu fordern wieder Mode würde — mit allen Übertreibungsgefahren, die das Entdecken von Marktnischen regelmässig mit sich bringt. Man erinnert sich an die Aufbruchstimmung der sechziger und frühen siebziger Jahre, an die Diskussion über die Totalrevision der Bundesverfassung, über Regierungsprogramme und Gesamtkonzeptionen. Die ehrgeizigen Ziele jener Projekte sind allesamt nicht erreicht worden, auch wenn im einzelnen manches hängengeblieben ist. Als man in die Phase der Realisierung hätte überleiten müssen, war die Reformeuphorie von einer skeptischeren Beurteilung staatlichen Handelns abgelöst worden. Die politische Kunst der Konsensfindung degenerierte zusehends zur populistischen Akzeptanzspekulation mit dem Ergebnis, dass sich die Polarisierung verschärfte und die politische Kultur der Konfliktaustragung auf einen Tiefpunkt sank. Auch thematisch verschoben sich die Schwerpunkte weg von den Reformprojekten, da neue Bewegungen mehr an inhaltlichen — vorab ökologischen — Radikalkuren als an Fragen des politischen Systems interessiert waren. Die hergebrachten demokratischen Instrumente, die man auf ihre Tauglichkeit hätte überprüfen wollen, boten auch ihnen reichlich Gelegenheit zur Selbstdarstellung und zur Verzögerung oder Blockierung der politischen Entscheidungsprozesse.

Aufgestauter Reformbedarf

Was hat sich nun geändert? Zum einen hat sich in vielen Bereichen ein sachpolitischer Reformbedarf aufgestaut, der die heutigen Grenzen der eingespielten Problemlösungs- und Konsensfindungskapazitäten geradezu brutal aufzeigt. Dass an sich normale Gesetzesrevisionen, wie beispielsweise das Aktienrecht oder das Urheberrecht, zu jahrzehntelangen Übungen Anlass geben, ohne zu überzeugenden Resultaten zu führen, mag man allenfalls noch besonderen Interessenkonstellationen zuschreiben. Wo tiefergreifende konzeptionelle Neuorientierungen als nötig erachtet werden, etwa in der Landwirtschaftspolitik, im finanzpolitischen Bereich oder bei Krankenversicherung und AHV, steuert man oft von vornherein Provisorien an, um der zu gewärtigenden Resigna-

tion auszuweichen. Bringt man wenigstens noch Gesetze mit gewissen Absichtserklärungen fertig, stösst man im Vollzug auf kaum überwindbare Probleme, wie in der Raumplanung und im Umweltbereich, oder man läuft Gefahr, von der realen Entwicklung überholt zu werden, wie man es der Radio- und Fernsehgesetzgebung ziemlich risikolos prophezeien kann.

Solange man sich im eigenen Kompetenzbereich bewegt und damit trösten kann, dass der Staat glücklicherweise noch nicht allzuständig ist, dass Wirtschaft und Gesellschaft im Gegenteil auch ohne perfekten Staat florieren, kann man ein bisschen «wursteln», nötigenfalls auch noch als Methode anpreisen, und sich vom mitverantwortlichen Bürger honorieren lassen. Die Aussicht, demnächst übernationale Regelungen akzeptieren und da und dort vielleicht für Versäumnisse büssen zu müssen, droht freilich Schockerlebnisse mit unangenehmen politischen Verantwortlichkeitsklagen zu bescheren, die sich sehr schnell zu Krisen auswachsen können. Die Landwirtschaftspolitik könnte zum Exempel werden.

Überforderte Institutionen

Die Frage lässt sich nicht mehr aufschieben oder verdrängen, ob nicht das im letzten Jahrhundert geschaffene Instrumentarium unserer Politik überfordert sei. Wir pflegen uns in der Rechtfertigung unseres Sonderfalls gerne auf allgemeine Umschreibungen der Eigenheiten und Errungenschaften unseres politischen Systems zu berufen, auf Föderalismus, direkte Demokratie oder auf Kollegial- und Milizprinzip, und drücken uns um die naheliegende Frage, ob diese zweifellos verteidigungswürdigen Werte in ihrer konkreten institutionellen Ausgestaltung noch wirklich zum Tragen kommen.

Nun sind wenigstens Regierung und Parlament wieder einmal zum Gegenstand von Reformvorstössen gemacht worden. Obwohl — oder gerade weil — dabei die eigentlichen Systemfragen ausgeklammert wurden und die Reformziele im wesentlichen auf Optimierung, Effizienzsteigerung und Professionalisierung beschränkt bleiben, ist mit einem zähen Feilschen, beispielsweise um zusätzliche Stellen, Funktionen und Titel, beziehungsweise um angemessene Entschädigungen zu rechnen, mit politischen «Höhenflügen» allenfalls, wenn noch die Zahl der Bundesräte und eine gewisse Arbeitsteilung zwischen den zwei gleichberechtigten Parlamentskammern ernsthaft diskutiert werden sollten. An sich dürfte es jedoch nicht so schwierig sein, angesichts der vielen zur Verfügung stehenden in- und ausländischen Erfahrungen und Erkenntnisse, taugliche Modelle von Führungsstrukturen für den Grossbetrieb Bund zu finden; vermutlich wäre vorab der Handlungsspielraum der Verantwortlichen zur Organisation ihrer Führungsstrukturen in eigener Kompetenz wesentlich zu erweitern. Die Zahl der letztlich exekutiv Verantwortlichen hingegen ist in jedem vergleichbaren Modell nicht grösser, sondern kleiner als in unserem Kollegialsystem. Ob man dem Parlamentarier anderseits vorschreiben soll, wie er seine Aufgabe sachgerecht erfüllen soll, allenfalls mit Varianten zwischen Halb, Dreiviertel- und Vollmandat, erscheint ebenfalls fragwürdig. Wäre dem Anliegen, auf Milizerfahrung nicht verzichten zu müssen, nicht am besten gedient, wenn man, unabhängig von der individuellen Organisa-

tion, die notwendige personelle, infrastrukturelle und materielle Ausstattung für eine professionelle Aufgabenerfüllung bereitstellte? Das Problem der politischen Mehrfachfunktionen würde sich dann vermutlich von selbst lösen, beziehungsweise vom Wähler gelöst werden.

Tabuisierte Volksrechte

Regierungs- und Parlamentsreformen dieser Art würden freilich an der Eigenart der parlamentarischen Willensbildung wenig ändern. Wer von bremsenden Konkordanzzwängen und Zauberformeln wegkommen und zu Konkurrenz- und Koalitionsmustern parlamentarischer Regierungssysteme übergehen möchte, dürfte sich jedenfalls damit nicht begnügen, sondern müsste das Wahlrecht einbeziehen. Denn unsere Volksvertreter sind dank den Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens ihren Parteien weit weniger verpflichtet als den weniger sichtbaren Gruppierungen, welchen sie den Erfolg in der parteiinternen Ausmarchung verdanken. Etwas überspitzt könnte man das schweizerische Parlament als eine Versammlung von Einzelkämpfern bezeichnen, die sich zwar in Fraktionen zusammenschliessen, aber keiner Fraktionsdisziplin unterwerfen müssen. Entsprechend oberflächlich wird denn auch die Vorbereitungsarbeit in den Fraktionen betrieben — im Vergleich etwa zu den Kommissionen.

Vorschläge, die Rechte des Wählers einzuschränken — und dafür die Stellung der Parteien aufzuwerten —, sind freilich aus den politischen Milieus kaum zu erwarten. Bei allen Reformdiskussionen werden die Volksrechte gewissermassen tabuisiert. Das gilt insbesondere auch für Initiativ- und Referendumsrechte, deren Ausgestaltung unbesehen mit dem Prinzip der direkten Demokratie gleichgesetzt wird. Auch die Infragestellung ihres Anwendungsbereichs in einem stärker integrierten Europa hat lediglich zu praktisch einhelligen Abwehrreflexen quer durch das ganze politische Spektrum geführt. Dabei wäre hier ein «kritisches Hinterfragen» ebenso vonnöten wie bei Parlament und Regierung.

Initiative und Referendum sind in ihrer Intention unzweifelhaft wertvolle Instrumente der Einflussnahme auf den politischen Prozess und — das wird oft übersehen — der Beschränkung politischer Macht. Sie bergen ein erhebliches Oppositionspotential, sowohl in Form des Vetos als auch im Sinn der obligatorischen Behandlung ultimativer Forderungen. Beides kann zur Verzögerung und gar Verhinderung von Entscheiden führen. Zu den Minderheiten, die damit einen gewissen Schutz erhalten, zählen längst nicht mehr nur regionale oder soziale Bevölkerungsgruppen, sondern unzählige Interessenorganisationen. Die Wirksamkeit der Instrumente hängt, wie jede politische Lobbyaktion, nicht zuletzt von der Fähigkeit einer Organisation zu straffer Führung und zum Einsatz entsprechender Mittel ab. Die Volksinitiative, die als Institution heute ihr hundertjähriges Bestehen feiert, leidet überdies daran, dass sie nicht dem seither entwickelten legislativen Verhandlungs- und Verständigungsverfahren unterzogen werden, sondern lediglich bejaht oder abgelehnt werden kann — was heute nicht einmal sorgfältig vorbereitete und breit abgestützte Bundesratsentwürfe überleben würden.

Innovationskraft und Handlungsfähigkeit als Kriterien

Wenn nun die Erhaltung direktdemokratischer Mitsprachemöglichkeiten als conditio sine qua non für die Teilnahme am europäischen Integrationsprozess beschworen wird, so wäre doch zumindest die ketzerische Frage einmal ernsthafter zu prüfen, ob man nicht zwischen Sinn und aktueller Form dieser Institution unterscheiden und über neue, angemessene Formen diskutieren müsste. Die Praxis der direkten Demokratie deckt sich nur noch in jenen wenigen Fällen mit der ideellen Sinngebung, wenn über unmittelbar verständliche Grundsatzfragen zu entscheiden ist. In den meisten Fällen sind Volksentscheide jedoch Resultate einer Meinungsbildung, die vielfältigen Einflüssen und Verzerrungen ausgesetzt und, vorsichtig ausgedrückt, zumindest wenig transparent ist.

Anlass zu Reformen, nicht nur in wichtigen Sachbereichen, sondern vor allem auch bei den politischen Institutionen, gibt der zwar weitherum verspürte, aber ungern eingestandene Befund, dass es dem schweizerischen politischen System an Innovationskraft und rascher Handlungsfähigkeit gebricht. Sollen die neuen europäischen und globalen Herausforderungen zeitgerecht bewältigt werden, wäre es an der Zeit, die halbherzig und dilatorisch angepackte Verfassungsrevision mit einer schonungslosen Diagnose des Istzustandes zu konfrontieren und neu zu lancieren.

Ulrich Pfister

Berichterstattung und Essay

Der Charles Veillon-Preis des europäischen Essay 1990 wurde Karl Schlögel zugesprochen, wobei insbesondere die Essays, deren Sammlung im Frühjahr unter dem Titel «Das Wunder von Nishnij oder die Rückkehr der Städte» erscheint, ins Gewicht fielen. Anlässlich der Überreichung des Preises im Stadthaus Zürich am 23. November 1990 hielt Andreas Oplatka die hier folgende Laudatio.

Es mag ein ungewöhnliches Vorgehen sein, wenn man eine Laudatio mit der Mitteilung eröffnet, dass der Redner als bescheidene Begleitung der Auszeichnung, die hier verliehen werden soll, dem Preisträger auf private Faust zusätzlich noch ein kleines Geschenk zur Beschwerung von dessen Reisegepäck mit auf den Weg geben möchte. Wir wollen Kurt Tucholskys bösen Spruch nicht gelten lassen, wonach es eine grosse Beleidigung ist, wenn Literaten Literaten Literaten nennen, denn was in der Tat kann ein Literat einem Literaten schenken, wenn nicht Literatur — das heisst, ein Buch. Dieses Buch hat äusserlich mit dem Anlass, der uns hier zusammenführt, wenig zu tun. Es enthält Briefe Ciceros, die allerdings in der Übersetzung Christoph Martin Wielands, und es handelt sich denn auch um den

55. Band von dessen gesammelten Werken, erschienen 1813 in Wien. Soweit eine Zufälligkeit. Nun haben aber Bücher bekanntlich ihr Schicksal, und das dieser Ausgabe lässt sich an drei Stempeln auf den ersten Seiten ablesen. Und damit kommen wir dem von Karl Schlögel beschriebenen Kulturraum näher. Im ersten runden Stempel umgeben kreisförmig folgende Worte die Figur des Doppeladlers: «Bibliothekssiegel des k.k. Zweiten Lemberger Obergymnasiums». Der Stempel ist mit Rotstift x-förmig durchgestrichen, und der Adler im nächsten ovalen Stempel ist nur noch einköpfig. Und darin lese ich: «Biblioteka Drugiego Panstwowego Gimnazjum imienia Karola Szajnochy we Lwowie». Auch ein zweites staatliches Gymnasium also, benannt jetzt freilich nach dem polnisch-galizischen Historiker Karol Szajnocha. Ebenso wie der österreichische ist im Buch der polnische Adler durch zwei dicke Striche getilgt, und der dritte, zuletzt stehengebliebene schmucklose Stempel weist den neuen Besitzer so aus: «Lywiwska Derschawna Oblasna Biblioteka». Keine Schule mehr. Ciceros Briefe, Wielands Werke kommen unter sowjetukrainischer Herrschaft in eine staatliche Kreisbibliothek.

Diese Eintragungen, Zeichen gewissenhaft verwalteter Ordnung inmitten einer in Unordnung geratenen Zeit, Ausdruck selbst im kleinen eines betont-bewussten Willens zur Ablösung, zeugen von einstiger Präsenz österreichischen Bildungsbürgertums in der galizischen Stadt, von Macht- und Systemwechseln. Schlögel hat in einem seiner Essays diese Besitzänderungen beschrieben, die einander überlagernden und doch nicht verdeckenden Schichten der Vergangenheit, wie sie sich im heutigen Stadtbild Lembergs darbieten. Er hat die mit Rotstift durchkreuzten Stempel der Epochen sichtbar gemacht und gedeutet, nachdem er, wie das seine Sitte und Methode ist, den Gassen entlanggewandert war, sie erschaut und das Gesehene für sich selbst festgehalten hatte. Das Schicksal dieses Buches hier ist denn auch eine Bestätigung von Schlögels Befund im Falle Lembergs: Die Stadt, welche der Reisende jetzt vorfindet, ist die nach der Katastrophe. Wohnort jener, die «danach» gekommen sind. Vorbei ist es damit, was Schlögel, freilich zwischen Anführungszeichen, die *«zivilisatorische Mission»* Habsburgs nennt, vorbei die Zeit, in der, auch dies lese ich in Schlögels Text, Lemberg eine Hauptstadt des Buches und der Buchkenner war.

Durch wieviele Hände diese Cicero-Ausgabe gewandert ist, darüber nachzusinnen, auch zu schreiben nach dem Verfahren *«Ich stelle mir vor»*, wäre vielleicht reizvoll. Ich selber habe den Band allerdings nicht in Lemberg gefunden, sondern mit Hilfe russischer Freunde in einem der Moskauer Antiquariate, deren kulturelles Strandgut Karl Schlögel in seinem damals aufsehenerregenden Buch «Moskau lesen» auch geschildert hat. Rätseln über einstige Eigentümer liesse sich also, doch gleichviel: Es wird, lieber Herr Schlögel, in der Geschichte dieses Bandes der schlechteste Wechsel nicht sein, wenn er aus meinem Besitz in den Ihren übergeht. Nehmen Sie ihn bitte entgegen als ein Zeichen persönlichen Dankes dafür, dass manche in meiner Familie während unserer Moskauer Jahre Ihr vorhin erwähntes Werk «Moskau lesen» mit Freude und Gewinn benutzt haben.

Und damit sind wir bei einer weite-

ren Seltsamkeit dieser Laudatio. Bei der Tatsache, dass sie von einem Journalisten gehalten wird, einem ehemaligen Moskauer Korrespondenten, dem Vertreter mithin einer Zunft, mit der Karl Schlögel im Buch «Moskau lesen» — sagen wir es höflich — nicht nett umgegangen ist. Eingeklagt wird bei ihm die fehlende historische Perspektive der Moskauer Berichterstattung, ihr Abgleiten überhaupt in einen Allerweltston uniformer Agenturmeldungen. Entrüstet spricht Schlögel von einem Korrespondenten, der nicht einmal die Landessprache beherrsche. Nun, Kollegen dieser Spezies waren tatsächlich nicht ganz selten. Der gutgelaunte Abschiedsspruch eines von ihnen klingt mir im Ohr heute noch nach. Er sagte: «Ich scheide von Moskau im Gegensatz zu euch allen seelisch intakt, denn ich habe in all den hier verbrachten Jahren nicht eine einzige Zeile der ‹*Prawda*› gelesen». Das gab es also, gibt es wohl nach wie vor. Doch finden sich unter Journalisten, wie unter Agronomen und Zahnärzten, Landvermessern und Essayisten, verschiedenartige Vertreter des Fachs: vorzügliche, gute und andere. Ich erinnere mich auch an einen schwedischen Fernsehberichterstatter in Moskau, der in seiner Freizeit die Romane des Dorfschriftstellers Valentin Rasputin übersetzte. Auch entsinne ich mich des deutschen Kollegen, der, von Haus aus Indogermanist, sich nebenbei mit der Lautlehre und den Wortfeldern des Igorlieds befasste, und gegenwärtig ist mir ebenso der Korrespondent einer amerikanischen Zeitschrift, der bei seiner Ausweisung aus der Sowjetunion zuletzt im Flughafen vor den verblüfften Zoll- und Grenzbeamten ein Gedicht Lermontows rezitierte: *«Nun leb wohl, du ungewaschenes Russland»*.

Gewiss, wir Journalisten, die wir uns im eng gespannten Rahmen zwischen Ereignis und Redaktionsschluss bewegen, wir sind nicht mehr als Handwerker der Zeitgeschichte; unser Tun reicht, wir verkennen es nicht, über das Kunstgewerbliche selten hinaus. Und doch und gerade deshalb, lieber Herr Schlögel: *«Verachtet mir die Meister nicht!»* Zugerufen sei Ihnen dies nicht im Tonfall altdeutsch-biedermännischer Mahnung, sondern einfach in dem einer Bitte. Denn verständigen müssten wir uns weniger über Arbeitsbedingungen und Erwartungen, unter denen ein politischer Zeitungsartikel und ein historisch-kunsthistorischer Essay entstehen; die kennen wir alle. Zu fragen wäre vielmehr, was Tagesberichterstattung und Essayistik als verwandte und doch voneinander abweichende Gattungen zu leisten imstande sind.

Fürchten Sie nun nicht, dass Sie im folgenden so etwas wie eine Vorlesung über Poetik der publizistischen Spielarten zu hören bekommen. Erstens traue ich mir die Abhandlung eines solchen Themas nicht zu, und ich habe, zweitens, nicht vergessen, worin meine Aufgabe hier besteht. Und so gedenke ich mich an diesen Auftrag zu halten. Karl Schlögels Buch «Moskau lesen», die Entzifferung alter Stadtpläne und Strassennamen, die Einordnung inmitten der grauen Allunionseintönigkeit stehengebliebener Fassaden, seine Arbeiten über Petersburg/Leningrad, zumal sein Hauptwerk über die Newa-Stadt der vorrevolutionären Jahre, sie haben uns die europäische Verwurzelung russischer Geistesgeschichte erneut in Erinnerung gerufen. Und die Schriften enthielten die altbekannte und doch so wenig beherzigte Botschaft, wir möchten dort, wo uns

Wesensfremdes begegnet, nicht von der vermeintlichen Höhe eigener Zivilisation herab urteilen, sondern uns um Verständnis bemühen, nach örtlicher Eigengesetzlichkeit richten, die es zu begreifen gilt. Schlögel hat ein verzweifeltes und doch zähes Ringen beschrieben, einen unter einzigartigen historischen Bedingungen und darum gegen besondere Widerstände geführten Kampf für eine russische Moderne — und deren Vernichtung. Er hat die selbstquälerische und in unserer Zeit jetzt wieder bedeutsam gewordene Leistung jener Wegmarken setzenden russischen Denker ans Tageslicht gehoben, die sich in einem schmerzhaften Prozess von einer Haltung lossagten, welche alles, Ethisches ebenso wie Ästhetisches, revolutionärer Zweckbestimmung unterordnet. Und dann hat Karl Schlögel europäische Hinterlassenschaft, europäischen Bestand auch erschaut und beschrieben an manchem Ort, wo die Waffen von Moskaus Macht beim berüchtigten Sammeln russischer Erde auf historisch andersartig geprägte Gefilde vorgestossen sind: in Riga und Vilnius, in Czernowitz und eben Lemberg.

Wieviele verschiedene, je nach Standort und nationaler Zugehörigkeit anders ausfallende Antworten sind schon auf die Frage gegeben worden, ob Russland nun zu Europa zu rechnen sei oder nicht. Lassen Sie mich hier heute eine weitere wagen, obwohl ich mir ihrer — möglicherweise journalistischen — Pointiertheit und darum ihrer Unvollkommenheit bewusst bin. Im Jahre 1903 hat Anton Tschechow in seinem Landhaus in Jalta, in der «Weissen Datscha», sein letztes Stück, den «Kirschgarten», vollendet. Wer käme auf den aberwitzigen Gedanken, diesen Meister des russischen Wortes aus der europäischen Geistesgemeinschaft ausschliessen zu wollen? Und um wieviel ärmer wäre unser Kontinent ohne ihn, der unter allen grossen Dichtern russischer Sprache der europäischste und zugleich — ist es ein Zufall? — der pessimistischste war. Im gleichen Jahr 1903 hat in Brüssel beim 2. Kongress der russischen Sozialdemokraten Lenin die Spaltung in Bolschewiken und Menschewiken herbeigeführt, den Bruch erzwungen mit der Forderung, die Partei müsse als eine zentralistische Organisation von Berufsrevolutionären und mithin als eine Elite wirken, die den Massen das richtige Bewusstsein vermittelt. Auch Lenin — die von Schlögel für eine westliche Öffentlichkeit neu entdeckten Wechi sprechen dafür — steht in einer russischen Tradition; diese weist aber in eine Richtung, welche ein Grundkriterium moderner europäischer Denkweise verwirft: das selbstverantwortliche individuelle Verhalten nach den Normen der Aufklärung. Und Lenin tut in der Tat den entscheidenden Schritt auf dem hinwegführenden Pfad, indem er den Einzelmenschen erneut für unmündig und daher für lenkungsbedürftig erklärt.

Nun wollte ich aber über die Leistung kulturgeschichtlicher Essayistik einerseits und die des Journalismus anderseits sprechen. Ich bin dabei. Mir scheint, dass es Sache eines Gelehrten vom Schlage Schlögels sein kann und muss, einem oft genug in Vorurteilen beharrenden westlichen Publikum zu erläutern, dass das als bedrohlich empfundene und gar für barbarisch gehaltene Russland auch die Heimat und der geistige Nährboden einer so impressionistisch stillen, vornehmen und liebenswerten Figur wie Tschechow ist. Und dass Sowjetwirklichkeit daher in den letzten sieben Jahrzehnten zumindest

zu einem Teile auch eine russische Selbstentfremdung bedeutet hat. Dass der Autor des «Kirschgartens» hier lediglich als ein Beispiel dient, versteht sich von selbst; weitere Namen ohne Zahl sind gerade in den Schriften Schlögels nachzulesen. — Der Moskauer Zeitungskorrespondent musste sich dagegen mit Lenins Erben auseinandersetzen, mit dem Tag für Tag brutal manifestierten Willen von Machthabern, für sich selbst unter Berufung auf die Leninsche Denkkonstruktion Legitimität zu verlangen. Und stellen musste er sich ihrer Hybris, sie seien die Vertreter einer globalen Zukunft, deren Unausweichlichkeit die Aussenwelt nur resigniert zur Kenntnis nehmen könne. Sowjetischer Alltag passte schlecht zu dieser Behauptung. Auf den heftigsten Widerspruch stiess aber der so begründete Moskauer Machtanspruch ausserhalb der einstigen Zarengrenzen, dort, wo ihm eine aus anderen Wurzeln genährte Geistesart die Gefolgschaft verweigerte: in Mitteleuropa.

Osteuropa, Mitteleuropa, Europa kurz und ohne jede Unterscheidung — wir erinnern uns dieser vor kurzem erst ausgetragenen Debatte, in der Rede und Widerrede zwischen Prag und Warschau, Pressburg, Zagreb, Wien und Budapest, doch auch zwischen Paris und New York hin- und hergingen. Gefragt wurde nach der Berechtigung pauschaler Benennungen, danach, ob sich die Region zwischen Böhmerwald und Donautal in ihrem Herkommen von den Gebieten jenseits des Bug und der Ostkarpaten nicht grundsätzlich unterscheide, ob die von aller Welt ohne Bedacht übernommene Abstempelung «Ostblock» nicht der Bejahung imperialistischer Ansicht gleichkam. Und geforscht wurde nach den Ursprüngen des mitteleuropäischen Unglücks, wobei nicht wenige eine historische Schuld im westlichen Teil des Kontinents orteten. Karl Schlögel nahm und nimmt an dieser Debatte teil — mit seinen Essays über die neu zum Leben erwachenden zentraleuropäischen Städte und mit seiner Mitteleuropa-Schrift, welche Fachkritik seinerzeit etwas kühler aufnahm, dies vielleicht darum, weil diese Arbeit neben der Beleuchtung kulturhistorischer Zusammenhänge auch eine politische Konzeption zu enthalten schien, die nicht nach jedermanns Geschmack sein mochte. Doch was verschlägt's, erlauben Sie mir die saloppe Frage und Formulierung, was verschlägt's, wer in jener Diskussion «im Recht» und wer «im Unrecht» war? Und vollends gegenstandslos mutet nun damalige Nörgelei an, das Streitgespräch über Mitteleuropa sei eine Modeerscheinung. Im Gegenteil. Jene Auseinandersetzung über Ostmitteleuropas geistigen Standort sehen wir heute gewiss berechtigt als ein Vorzeichen des politischen Bebens, dessen Zeugen wir soeben waren. Und alle sind zu beglückwünschen, die bei der Debatte mittaten, denn sie bewiesen Instinkt und Witterungssinn für das Kommende.

Und nun — ist es nun nach dem Jahr 1989 vollbracht? Beileibe nicht. Nicht in der Sowjetunion, aus der die täglichen Nachrichten uns Böses ahnen lassen. Und nicht in Ostmitteleuropa, wo das Erbe dieses Jahrhunderts schwer auf Menschen und Ländern lastet, den Willen zur Erneuerung in Freiheit zu lähmen und in den Sumpf hinabzuziehen droht. Die östlichen Nachbarn bedürfen dringend unseres Beistands, und dessen erste Bedingung heisst Verständnis. Ich hoffe und glaube eigentlich auch, dass ich mich im Einklang mit der Jury befinde, wenn ich meine, der

Charles Veillon-Preis werde an Sie, Karl Schlögel, verliehen als Anerkennung für Geleistetes, jedoch auch als Ermutigung für Künftiges. Fahren Sie fort, Verständnis zu wecken, als ein Fürsprecher Ostmitteleuropas zu wirken.

Andreas Oplatka